



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Aktivitäten und Strukturen des Vereins „Uniter e. V.“ in Bayern aufklären

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Aktivitäten und Strukturen des bundesweit tätigen Vereins „Uniter e. V.“ in Bayern umfassend aufzuklären.

Dabei geht es insbesondere um die folgenden Fragen und Zusammenhänge:

- Aktivitäten, aktive Gruppen und Mitglieder des Vereins „Uniter“ in Bayern;
- Erkenntnisse über bayerische Vorstandsmitglieder des Vereins;
- Strukturen und Aktivitäten des „Uniter-Distriktes Süd“;
- Erkenntnisse über die Aktivitäten der „Uniter-Chatgruppe Süd“;
- Verbindungen des Vereins „Uniter e. V.“ zu rechtsextremen Kreisen in Bayern;
- Erkenntnisse über paramilitärische Übungen und Trainings von „Uniter e. V.“ auf bayerischem Territorium;
- Erkenntnisse über mögliche Waffenkäufe von Vereinsmitgliedern in Bayern;
- Erkenntnisse über geheime Waffendepots auf bayerischem Territorium;
- Erkenntnisse über die Einrichtung sog. „Safe-Houses“ in bayerischen Kommunen;
- Verbindungen bayerischer Sicherheitsbehörden zum Verein „Uniter e. V.“;
- Erkenntnisse über die Mitgliedschaft aktiver oder ehemaliger bayerischer Polizistinnen und Polizisten bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bayerischer Sicherheitsbehörden im Verein „Uniter e. V.“.

Dem Landtag ist über die Ergebnisse der Aufklärungsbemühungen durch die bayerischen Sicherheitsbehörden mündlich und schriftlich zu berichten. Auf Basis des Berichtes muss die Einordnung der Aktivitäten des Vereins und seiner Untergliederungen in Bayern als nicht-rechtsextremistisch und der damit verbundene Verzicht auf eine Beobachtung des Vereins überprüft und nötigenfalls korrigiert werden.

Begründung:

Ausgehend von den Ermittlungen gegen den rechtsextremen Oberleutnant Franco A., der sich als syrischer Flüchtling ausgab und dem Anschlagpläne vorgeworfen werden, gerieten rechte „Prepper“-Netzwerke in das Visier von Medien und Sicherheitsbehörden. Im Zuge dieser Recherchen wurden auch Aktivitäten von „Uniter e. V.“ bekannt, unter dessen Dach sich ehemalige und aktive Soldatinnen und Soldaten, Angehörige

von Spezialkräften der Bundeswehr, wie dem Kommando Spezialkräfte (KSK), Reservistinnen und Reservisten, Angehörige von Sicherheitsbehörden sowie Polizistinnen und Polizisten vernetzen.

In den Chatgruppen des Vereins tauschen sich Mitglieder über einen möglichen Tag X aus, an dem die staatliche Ordnung zusammenbricht, und bereiten sich gezielt auf den bewaffneten Kampf vor. Im Zuge dieser Vorbereitungen sollen auch sog. Feindeslisten von Menschen erstellt worden sein, die im Falle einer Staatskrise festgenommen und möglicherweise liquidiert werden sollen. In den Medien wurde deshalb der Verdacht geäußert, dass sich hier ein mögliches rechtes Untergrundnetzwerk in Deutschland herausbildet.

Besonders bedrohlich ist in diesem Zusammenhang, dass sich der Verdacht teilweise auf Personen bezieht, die von der Bundeswehr und der Polizei an der Waffe ausgebildet und im Umgang mit Sprengstoff geschult wurden, und die Zugang zu Waffen und Munition haben. Diese bedrohlichen Entwicklungen und der Verdacht auf rechtsextreme Netzwerke in Polizei und Bundeswehr müssen schnellstmöglich und gründlich untersucht und konsequent aufgeklärt werden.

Es gibt zahlreiche Hinweise auf Aktivitäten und Strukturen des Vereins „Uniter e. V.“ in Bayern. So soll sich laut Medienberichten auch eine Mitarbeiterin des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz unter den Mitgliedern von „Uniter e. V.“ befinden. Es gab Berichte über ein geheimes Waffendepot in der Nähe von Nürnberg und Waffenkäufe von Franco A. bei einem bayerischen Waffenhändler. Ein Gründungsvorstand des Vereins stammt laut Vereinsregister aus Neu-Ulm, wo es bis vor kurzem noch eine aktive Ortsgruppe gegeben haben soll. Mit dem „Uniter-Distrikt Süd“ und der „Chatgruppe Süd“, gibt es spezifische Organisationsstrukturen im süddeutschen Raum, die sich vor allem auf Baden-Württemberg und Bayern konzentrieren. In verschiedenen oberbayerischen Kommunen sollen sog. „Safe-Houses“ eingerichtet worden sein, die im Krisenfall als sicherer Rückzugsort und mögliches Gefängnis dienen sollen. Auch zahlreiche Personen und Institutionen aus Bayern sollen auf sog. „Feindes“- oder „Todeslisten“ gesetzt worden sein.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse und Verdachtsmomente ist es höchst fragwürdig, dass die bayerischen Behörden bisher keine tatsächlichen Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen oder Aktivitäten des Vereins „Uniter e. V.“ erkennen können und auf eine Beobachtung der Aktivitäten des Vereins in Bayern verzichten. Diese Einstufung muss auf Basis einer gründlichen Recherche über Aktivitäten und Strukturen des Vereins dringend überprüft werden.